

DER ECONOMIST

Die Abschaffung des Geldes in Russland.

von

Professor Dr. Ludwig Mises

Wien, 16. November

Einer Kopenhagener Nachricht zufolge soll die Sowjetregierung das Geld abgeschafft haben. Die Auszahlungen sollen in Zukunft nicht mehr in Rubeln, sondern in Zahlungsanweisungen erfolgen, welche die staatlichen Warenabgabestellen honorieren sollen. Diese Zahlungsanweisungen müssen bei sonstigem Verfall binnen zwei Monaten präsentiert werden; dadurch soll verhindert werden, dass sie nach Art des Geldes sich im Umlauf erhalten. Es ist nicht klar, ob diese Zahlungsanweisungen auf Geld lauten sollen oder auf Waren bestimmter Menge. In jenem Falle würde es sich um nichts anderes handeln als um die Ausgabe einer neuen Art von Papiergeld. Alle Regierungen, die gegen die Entwertung des Geldes zu kämpfen hatten, haben es einmal mit dem Mittel versucht, durch Ausgabe einer neuen Art von Papiergeld, die man in irgendeiner Weise besser zu fundieren trachtete, der vollständigen Entwertung ihrer Emissionen entgegenzutreten. So hat die französische Revolution, als die Assignaten schon alles Ansehen verloren hatten, es mit der Ausgabe von Territorialmandaten versucht. Aehnlich haben die Vereinigten Staaten im Revolutionskriege, als das „Kontinentalgeld“ bereits versagt hatte, im Jahre 1780 die Ausgabe eines Geldes von „New Tenor“ es unternommen. In beiden Fällen trat ein Misserfolg ein; die Noten der Vereinigten Staaten sind ebenso völlig wertlos geworden wie anderthalb Jahrzehnte später die der französischen Revolution. Nur in dem Falle, wenn die neuen russischen Zahlungsanweisungen nicht auf Geld, sondern auf Waren lauten sollten, würde es sich um einen grundsätzlich neuen Versuch handeln.

Aus den spärlichen Nachrichten kann nicht beurteilt werden, was jetzt in Russland eigentlich verfügt wurde. Die offiziellen russischen Berichte sind so rosig gefärbt, wie einst die Veröffentlichungen des zaristischen Regimes, und den wenigen Fremden, denen der Zutritt nach Russland gestattet wird, zeigt man Potemkinsche Dörfer und Potemkinsche Fabriken. Andererseits aber beruhen auch die Schilderungen der Gegner des Bolschewismus nicht auf eingehender Kenntnis der Verhältnisse. Dass der Bolschewismus zu nichts anderem führen kann als zu einer vollständigen Vernichtung der russischen Volkswirtschaft, dass er nur Not und Elend bringen kann und schon gebracht hat, darüber kann wohl bei allen Unvoreingenommenen kein Zweifel bestehen. Doch über die Zeit, die notwendig ist, damit diese Wirkungen zutage treten, gibt man sich großen Täuschungen hin. Die Bolschewisten verfolgen dieselbe Politik, welche die Jakobiner einst befolgt haben. Aber auch das jakobinische System hat eine längere Dauer gehabt, als man ihm prophezeien wollte. Wie Stourm, der Geschichtsschreiber der Finanzpolitik der französischen Revolution, treffend bemerkt, sind eben die wirtschaftlichen Reserven, die eine reiche und mächtige Nation im Laufe der Jahre aufgespeichert hat, so groß, dass auch die schlechteste Politik eine gewisse Zeit braucht, bis sie sie ganz und gar aufgezehrt hat.

Im sozialistischen Gemeinwesen, in dem das Eigentum an sämtlichen Produktionsmitteln ausschließlich dem Staate zusteht, kann es für den Geldumlauf nur einen sehr eng begrenzten Spielraum geben. Die Produktionsmittel stehen in einem solchen Gemeinwesen überhaupt außerhalb jeden Verkehrs. Sie sind, wie die Juristen sagen, *res extra commercium*. Sie können daher gegen Geld weder gekauft noch verkauft werden, es können sich im Verkehre auch keine Geldpreise für sie bilden. Die Konsumgüter werden den einzelnen Genossen des sozialistischen Gemeinwesens von Staats wegen zugewiesen. Bei diesen Zuweisungen kann

Geld nicht in Verwendung kommen. Nur soweit zwischen den Genossen ein Austausch von genussreifen Gütern zulässig ist und tatsächlich stattfindet, kann ein allgemein gebräuchliches Tauschmittel, ein Geld, verwendet werden. Man kann sich übrigens auch vorstellen, dass im sozialistischen Gemeinwesen auch der Austausch von genussreifen Gütern vollständig verboten ist. In diesem Falle gibt es überhaupt kein Geld.

Die Sowjetregierung war freilich bisher weit entfernt davon, aus solchen grundsätzlichen Erwägungen heraus die Einrichtung des Geldes zu bekämpfen. Sie hat ja ihr sozialistisches Programm überhaupt nur unvollständig in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Die Bestrebungen, die Landwirtschaft, den Hauptproduktionszweig Russlands, zu sozialisieren, sind schon in den ersten Wochen der Sowjetherrschaft gescheitert. Der Grund und Boden wurde nicht sozialisiert, sondern an die proletarischen Schichten des Landvolkes aufgeteilt. Die industriellen Unternehmungen wurden verstaatlicht, das heißt sozialisiert. Aber auch die Sozialisierung der industriellen Unternehmungen scheint nicht durchwegs gelungen zu sein. Sie wurden vielfach nicht faktisch in das Eigentum des Staates überführt, sondern in das der Arbeiter des Betriebes. Aus der Sozialisierung wurde unversehens eine Syndikalisierung. Auch der Handel konnte nicht ganz unterdrückt werden. Es wird in Russland noch immer gekauft und verkauft und auch die Regierung tritt als Käuferin und Verkäuferin von Waren auf. Um sich die Mittel zu den Käufen zu beschaffen, drückt sie hemmungslos Noten und hat damit den Kurs des Sowjetrubels auf einen Tiefstand gebracht, der sich von den letzten Kursen, die für die Assignaten der französischen Revolution verzeichnet wurden, nicht mehr stark entfernt. Da die Bauern sich weigern, für diese Rubel freiwillig irgend etwas zu liefern, werden die Lebensmittel und Rohstoffe auf dem Lande durch Requisitionen beschafft. Wenn die russischen Machthaber erklärt haben, dass sie die Herstellung von neuen Rubel absichtlich in das Ungemessene steigern, um damit die Einrichtung des Geldes allmählich zu untergraben, so ist das eine nachträglich ersonnene Rechtfertigung für eine Politik, zu der sie durch den Zwang der Verhältnisse genötigt wurden. Die Inflation ist in Wahrheit die Ultima ratio aller Gewaltregierungen, welche die Freiheit des Wirtschaftslebens unterdrücken wollen.

Wenn nun die Räteregierung jetzt daran geht, das Geld abzuschaffen, so tut sie dies wahrscheinlich gleichfalls nur unter dem Zwange der Verhältnisse. Sie will wohl den ins Maßlose gestiegenen Preisforderungen der Produzenten durch die Ausgabe einer neuen Art von Requisitionsscheinen entgegentreten. Sie hofft wohl, dass die Requisitionen leichter vor sich gehen werden, wenn sie an Stelle des Rubels, der von den Bauern zurückgewiesen wird, neue Requisitionsscheine in Verwendung treten lässt. Man muss abwarten, ob dieser Versuch, die Bauern zur Erhöhung der Produktion und zur Ablieferung ihrer Produkte anzuregen, besseren Erfolg haben wird als die bisherigen, die alle versagt haben. Das Schicksal der neuen Zahlungsanweisungen wird davon abhängen, ob die Regierung auch imstande sein wird, sie prompt zu honorieren. Sie werden mit der größerer oder geringeren Chance der Honorierung steigen oder fallen. Natürlich würde auch ein augenblicklicher Erfolg den endgültigen Zusammenbruch des bolschewistischen Systems nicht verhindern können. Gelingt der Versuch zunächst, so ist das ein Erfolg der Soldaten und der Henker der Sowjetrepublik. Solche Erfolge haben immer nur kurze Dauer. Das Problem, an das die Sowjetregierung mit der Durchführung der Vollsozialisierung herangetreten ist, ist viel tiefer und viel schwerer zu lösen, als die Mehrheit ihrer Anhänger und Freunde, unter denen sich neben Verbrechern viele edle und gut gläubige Idealisten befinden, meinen. Es ist die Frage, ob es überhaupt möglich ist, in einem rein sozialistischen Gemeinwesen wirtschaftliche Kalkulation zu betreiben. Die Wirtschaftsrechnung kann einer Zurückführung aller Wertausdrücke auf einen gemeinsamen Nenner nicht entbehren. Das ist aber nur dann möglich, wenn nicht nur die Genussgüter, sondern auch die Produktionsmittel im Austauschverkehre stehen und der

Tauschverkehr sich unter Verwendung des Geldes abspielt. Werden keine Geldpreise der Produktionsmittel gebildet, dann ist eine Wirtschaftsrechnung, ohne welche die Kalkulation nicht möglich ist, ausgeschlossen; ohne Wirtschaftsrechnung aber gibt es kein Wirtschaften. Die Statistik kann über die Schwierigkeiten, die hier entstehen, nicht hinweghelfen, weil sie ebenso wie die Naturalrechnung, deren Einführung heute mit großer Energie befürwortet wird, uns nicht die Möglichkeit gibt, verschiedenartigen Naturalausgaben und Naturaleinnahmen auf einen gemeinsamen Ausdruck zu bringen. Ebenso wenig ist dies durch Einführung der Rechnung in Arbeitsstunden möglich, weil diese nicht auch die natürlichen, außerhalb des Menschen gelegenen Bedingungen der Produktion berücksichtigt und weil es keine Möglichkeit gibt, die verschiedenen Qualitäten der Lohnbildung auf „normale“ Arbeit zu reduzieren. Das alles hat auch der Führer der Sowjetrepublik Lenin anerkannt, wenn er es bald nachdem die Bolschewisten ans Ruder gekommen waren, als die nächste Aufgabe der Sowjetmacht bezeichnete, die Rechnungslegung und die Kontrolle in den sozialisierten Betrieben durch Heranziehung der „bürgerlichen Fachleute“ durchzuführen. Die „bürgerliche“ Buchführung aber rechnet allein in Geld, eine andere Möglichkeit ist für sie nicht gegeben.

Das Problem, um das es sich hier handelt, ist das Haupt- und Grundproblem des sozialistischen Gemeinwesens. Es ist mehreren Generationen von sozialistischen Schriftstellern nicht gelungen, es theoretisch zu lösen. Im Gegenteil. Man kann sagen, dass die wissenschaftliche Nationalökonomie den Nachweis erbracht hat, dass es eine sozialistische Lösung für dieses Problem überhaupt nicht geben kann. Auch die Praxis der Sowjetrepublik wird diese Frage nicht in einem für den Sozialismus günstigen Sinn schlichten. Mit Gewalt und Zwang kann man da nichts ausrichten.

[Quelle: Neue Freie Presse, 17. November 1920, Nr. 20195; PDF-Version: www.mises.de]